

Ulrich Breitbach

Für Einheit und sozialen Fortschritt

Die Geschichte der Oberhausener IG Metall von den Anfängen bis zum Beginn des neuen Jahrtausends

3. Teil: 1918 - 1920

Inhalt

3. Die drei Oberhausener Metallarbeitergewerkschaften in der Revolution.....S.	31
3.1. Die Rätebewegung in Oberhausen.....S.	33
3.2. Die Stellung von CMV und DMV zu den revolutionären Ereignissen.....S.	34
3.3 Der Kapp-Putsch in Oberhausen.....S.	38
3.4 Betriebliche Konflikte um Arbeitszeit und Lohn.....S.	41
3.5 Die Entwicklung der Organisationen bis 1920.....S.	46

3. Die drei Oberhausener Metallarbeitergewerkschaften in der Revolution

Im Laufe des Jahres 1918 verdichten sich die Anzeichen, dass die Verhältnisse an den Fronten und im Innern Deutschlands nicht mehr lange halten werden. Streiks und Massendemonstrationen erschüttern das Land. Anfang November erheben sich die Matrosen in Kiel. Sie wollen nicht noch in den letzten Kriegstagen zum höheren Ruhme der Admiralität verheizt werden. Der nach russischem Vorbild von ihnen und den Beschäftigten der Werften gebildete Arbeiter- und Soldatenrat wird zum Auslöser einer Rätebewegung, die sich rasch im ganzen Land ausbreitet. Am 9. November wird der Kaiser zur Abdankung gezwungen. Er verschwindet am Tag darauf ins niederländische Exil. Die alten Verhältnisse brechen zusammen. Doch was soll an ihre Stelle treten? Für ein paar Wochen scheint die Rätebewegung die vorherrschende politische Autorität in Deutschland zu sein, von der auch der Rat der Volksbeauftragten, die aus je drei Vertretern der MSPD¹ und USPD zusammengesetzte Revolutionsregierung, seine politische Legitimation bezieht. Ist die Zeit also reif für die Durchsetzung der Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung, wovon die USPD und Gruppierungen links von ihr überzeugt sind? Oder kann es zunächst nur um die

¹ Erläuterung von Abkürzungen und Begriffen siehe Anhang.

Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie gehen, wie die Vertreter der MSPD erklären? Droht gar die Errichtung einer autoritären Herrschaft von ganz rechts, wie sie von Teilen der Reichswehr und reaktionären Freiwilligenverbänden (den sog. Freikorps) angestrebt wird? Um diese Fragen wird in den nächsten Monaten – oft blutig - gekämpft werden.

In Alt-Oberhausen kommt die neue Zeit in der Nacht des 9. November per Bahn. Matrosen, die mit dem Zug von Köln angereist sind, gründen kurzerhand im Bahnhofsgebäude den Alt-Oberhausener Arbeiter- und Soldatenrat. Der Sterkrader Rat wird wenige Stunden später gebildet, der Osterfelder am 11. November. In den folgenden Tagen werden die Räte auf großen öffentlichen

Zwei Abkommen

Am 15. November 1918 stimmten die Arbeitgeberverbände in einem Abkommen mit den Gewerkschaften (das sog. Stinnes-Legien-Abkommen) u. a. der Anerkennung voller Koalitionsfreiheit, der Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge und der Einführung des Achtstundentages bei vollem Lohnausgleich zu. Bereits am 10. November war es zu einer informellen Absprache zwischen Friedrich Ebert, dem Vorsitzenden des Rats der Volksbeauftragten, und Wilhelm Groener, dem Chef der Obersten Heeresleitung, gekommen. Groener stellte Ebert das Heer für die Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung und erwartete dafür von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus. Beide Abkommen erwiesen sich in den folgenden Jahren als verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung. Denn sie erlaubten den Kräften der Reaktion – Kapital und Militär – ihre Machtpositionen in die Weimarer Republik hinüberzuretten. Sie nutzten sie, um 1933 Republik und Demokratie mit Hilfe des Faschismus zu zerstören. Der Achtstundentag stand bereits 1923 weitgehend nur noch auf dem Papier.

Versammlungen um weitere, zum Teil bürgerliche Mitglieder ergänzt und per Akklamation bestätigt. Die Revolutionszeit beginnt fast überall in Deutschland friedlich. Doch sie bleibt es nicht lange. Am 6. Dezember erschießen reaktionäre Einheiten der Reichswehr in Berlin 16 Demonstranten. Von da an kommt es im Ruhrgebiet bis in die erste Jahreshälfte 1920 (in anderen Regionen bis 1923) immer wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen bewaffneten Formationen der Reaktion, die die Revolution mit Gewalt rückgängig machen wollen, und dem linken Flügel der Arbeiterbewegung, der die Revolution zum Sozialismus vorantreiben will.

In Oberhausen sind die ersten Toten am 27. Dezember zu beklagen. Nachdem ein von Hamborn kommender Demonstrationzug die Belegschaft der Zeche Concordia erfolgreich zum Streik aufgefordert hat, ziehen die Bergleute gemeinsam weiter zum Schacht Königsberg der Zeche Oberhausen, die zum GHH-Konzern gehört. Dort eröffnet das Freikorps Heuck aus Maschinengewehren das Feuer auf die Demonstranten, tötet drei von ihnen und verletzt einige weitere schwer.

3.1 Die Rätebewegung in Oberhausen

Der Alt-Oberhausener Arbeiterrat war bis Anfang Januar 1919 zunächst mehrheitssozialdemokratisch orientiert und unterstützte eine Politik von Reformen, die die Gesellschaftsordnung wohl demokratisieren, aber ihre ökonomischen Grundlagen nicht umstürzen wollte. Ruhe und Ordnung waren die Leitlinien, nach denen er - wie auch die Räte in Sterkrade und Osterfeld - handelte. Der konservative Generalanzeiger stellte Mitte November zufrieden fest: "Mit überraschender Schnelligkeit hat sich die gesamte Bevölkerung auf den Boden der Tatsachen gestellt. Jeder geht seiner Arbeit nach (...) Wenn ein Besucher nach Oberhausen käme, der von der gewaltigen Umwälzung der letzten Tage nichts wüsste, er würde aus allem, was er hier zu sehen bekommt, nicht auf die geringste Veränderung schließen können." Der Arbeiterrat kooperierte in der ersten Phase der Rätebewegung in den Oberhausener Ursprungskommunen mit den aus dem Kaiserreich überkommenen kommunalen Organen – Bürgermeister und

Reichsrätekongress im Dezember 1918

Um die Revolution zu begrenzen und den Fortbestand des Privateigentums an Produktionsmittel zu sichern, wollte die MSPD die Gesetzgebung so rasch wie möglich von den Arbeiterräten auf eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung übertragen. Der vom 16. bis zum 20. Dezember 1918 in Berlin tagende Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte sprach sich dementsprechend für Wahlen zur Nationalversammlung aus. In anderer Hinsicht folgte er der MSPD aber nicht. So beschloss er den unverzüglichen Beginn der Sozialisierung aller dazu reifen Industrien und die Demokratisierung der Armee. Beide Beschlüsse wurden durch die Vertreter der MSPD im Rat der Volksbeauftragten auf die lange Bank geschoben und von den folgenden Regierungen fallengelassen.

Stadtverwaltung – und folgte damit der Linie, die die MSPD im Rat der Volksbeauftragten vertrat: Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum und dem kaiserlichen Militär. Von Anfang Januar bis Ende April 1919 kam es dann in den großen Zentren Deutschlands immer wieder zu bürgerkriegsähnlichen Situationen. Im Ruhrgebiet kämpften große Teile der Bergarbeiter in immer wieder ausbrechenden Streiks für die Sozialisierung der Zechen. Die Mehrheit in zahlreichen Räten ging in dieser zweiten Phase der Entwicklung an Kräfte links von der MSPD über, so auch in Alt-

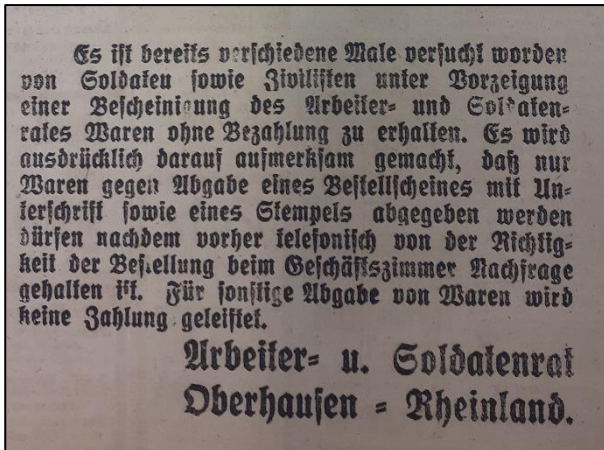
Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld. Allerdings führte die neue Zusammensetzung hier nicht zu größeren Eingriffen in die Tätigkeit der Stadtverwaltung oder in Unternehmensentscheidungen. Befürchtungen, der Rat würde in Oberhausen die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 behindern, bewahrheiteten sich nicht. Die Konflikte bleiben im Wesentlichen auf den Bergbau begrenzt. Die Reichsregierung setzte erneut und nicht zum letzten Mal Freikorps gegen die Bergarbeiter ein und verhängte mehrfach den Belagerungszustand über das Revier.

Nach dem Zusammenbruch der Bergarbeiterkämpfe Ende April 1919 hatte in Oberhausen wieder die MSPD die Mehrheit im Arbeiterrat. Doch gelang es dem Rat nicht mehr, in dieser letzten Phase seiner Existenz größere Bedeutung zu erlangen. Im Juni 1919 verschwand er von der politischen Bühne.

3.2 Die Stellung von CMV und DMV in Oberhausen zu den revolutionären Ereignissen

Die überlieferten Stellungnahmen der drei Metallarbeitergewerkschaften in Oberhausen zu den umwälzenden Entwicklungen ab Oktober 1918 sind nicht zahlreich, aber aufschlussreich und sie entsprechen der Grundorientierung der parteipolitisch ausgerichteten Organisationen.

Der CMV hatte, wie seine politische Mutter, die katholische Zentrumspartei, bei aller



Bekanntmachung des Oberhausener Arbeiter- und Soldatenrats - November 1918 (Abb.: VoSti - StA OB)

gewerkschaftlichen Kleinarbeit das Kaiserreich nie grundsätzlich abgelehnt. Daran hielt er auch in der Umbruchphase von September bis November 1918 fest. So etwa Gewerkschaftssekretär Henksmeier, der in einer Versammlung des während des Krieges auch für Oberhausen zuständigen CMV-Bezirks Duisburg-Mülheim am 3. November ausführte, die christliche Arbeiterschaft halte zur Monarchie und „vermag ebenso wenig einem Wechsel der Dynastie wie der Personen ihre Zustimmung zu geben.“ Was auf den Verbleib Kaiser Wilhelms auf dem Thron

hinausgelaufen wäre. Warme Worte fand der Referent für die angeblichen Leistungen des Staates auf dem Gebiet von Sozialpolitik und Arbeiterfürsorge. Sogar alte demokratische Länder wie England und Amerika hätten von hier ihre sozialpolitischen Rezepte bezogen. Gleichwohl sprach sich Henksmeier für „Demokratisierung“ aus, wollte sie aber offensichtlich auf die seit Oktober 1918 umgesetzte stärkere Beteiligung des Reichstages an den Regierungsgeschäften begrenzt wissen. Die Fortsetzung des Krieges wurde als „Verteidigung unseres geliebten Landes“, für das jetzt alle Kräfte zusammengerafft werden müssten, nicht in Frage gestellt. Erst gegen Ende 1918 erkannte die christliche Gewerkschaft – und nur widerwillig - die neuen Verhältnissen an, die sich als nicht aufzuhalten erwiesen hatten. Dann trat sie für eine möglichst rasche Einberufung der Nationalversammlung ein, in der sie ein Bollwerk gegen die in ihren Augen drohende Räteherrschaft sah. „Mit den gegebenen Verhältnissen hat man sich abgefunden“, erklärte der CMV-Funktionär Heinrich Hirtsiefer, später preußischer Minister für Volkswohlfahrt, auf einer Versammlung des Christlichen Gewerkschaftskartells im Dezember 1918 in Oberhausen. Henksmeier sprach noch im Februar 1919 vom "unglücklichen Kriegsende", das von der "revolutionären Bewegung mitverschuldet" worden sei und schrieb dabei an der Dolchstoßlegende der extremen Rechten mit.

Die Feinde im Innern hießen für den CMV Anarchie und Bolschewismus. Und die wollte er in der im Dezember aufkommenden und sich in den ersten Monaten des Jahres 1919 verstärkenden

Bergarbeiterbewegung erblicken. Die Streiks der Bergleute zunächst für höhere Löhne sowie Arbeitszeitverkürzung und schließlich für die Sozialisierung der Zechen waren für ihn schlicht „unvernünftig“. Manche Artikel in der CMV-Zeitung „Der Deutsche Metallarbeiter“ ließen eine christliche Haltung durchaus vermissen. Die Anführer der Streikenden waren für den CMV „spartakistisches Ungeziefer“, eine „organisierte Mörder- und Räuberbande“, der „Auswurf der Menschheit“. Die Mordtaten der Freikorps wurden dagegen wärmstens begrüßt, etwa anlässlich der Kämpfe bei Dorsten, „wo Spartakus 700 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen verlor“, wie der „Deutsche Metallarbeiter“ zufrieden feststellte, um zu weiteren Taten dieser Art anzuspornen. Denn: „Die spartakistische Sumpfpflanze muss ganz gründlich vernichtet werden.“ Sie sei, diesen Tritt in Richtung des politischen Konkurrenten konnte sich der CMV nicht



*Belagerungszustand über dem Ruhrgebiet
(Abb.: Generalanzeiger StA OB)*

verkneifen, „auch eine Frucht der sozialdemokratischen Lehre, (...) ein Zweig am Baume der Sozialdemokratie.“ Die Riesengefahr Spartakus, die so mit blutroter Farbe ausgemalt wurde, war im Frühjahr 1919 tatsächlich eine noch kleine Gruppierung, die sich erst ein paar Wochen zuvor als Kommunistische Partei gegründet hatte. Die Bergarbeiterbewegung war von ihr weder initiiert, noch wurde sie von ihr angeführt. Es waren die Verhältnisse, die die Bergleute in der ersten Jahreshälfte 1919 immer wieder in mehr oder weniger spontane Streikaktionen trieb. Aber als Feindbild und zur Diskreditierung der Bergleute taugte die KPD allemal, zumal sie es an Verbalradikalismen und gewaltsamen, isolierten Aktionen wie den Berliner Januaraufstand nicht fehlen ließ.

Im Unterschied zum CMV war der DMV bis zu einem Führungswechsel auf dem Verbandstag im Oktober 1919 Parteigänger der MSPD in der Regierung und vollzog deren Politik als Gesamtorganisation nach. Die "Metallarbeiterzeitung" schrieb: "Alle unsere Mitglieder (müssen) mit größter Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen. Wer sie gefährdet und wer ohne Weisung der zuständigen Stellen handelt, versündigt sich gegen das Werk der Freiheit und an seinem Volke." Gegen die Mitwirkung bürgerlicher Kreise bei der „Neuordnung der Dinge (hat) die Arbeiterklasse selbstverständlich nichts einzuwenden“, so die Einschätzung des Verbandsorgans, „wenn auch mancher Angehöriger der besitzenden Klasse nur der Not gehorchend sich mit der Revolution abfindet.“

In manchen Städten, namentlich in Berlin, gehörten die Metallarbeiter trotz dieser Orientierung der noch amtierenden Gewerkschaftsführung zu den treibenden Kräften der Revolution. Nicht so in Oberhausen. Ruhe und Ordnung war hier in den Novembertagen und darüber hinaus die Richtschnur der lokalen Organisation, wie sie auch die Richtschnur des Oberhausener Arbeiterrates war. Bis Anfang Januar 1919 lauteten die Veröffentlichungen des Oberhausener Arbeiterrates und die des DMV inhaltlich nahezu identisch. Erstaunlich ist das nicht, war doch mit Heinrich Apenborn der führende Kopf der sozialdemokratischen Gewerkschaft bis zum 2. Januar auch Vorsitzender des Arbeiterrates. Außerdem war er Funktionär der SPD auf kommunaler Ebene und zog im März für seine Partei in den Stadtrat ein.

Heinrich Apenborn

Geboren am 22. Dezember 1871 in Rostock. Volksschule, Schmiedelehre. 1906 Geschäftsführer des Schmiedeverbandes in Hagen. Nach dessen Verschmelzung mit dem DMV Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Oberhausen. Gestorben am 8. Mai 1919.



Abb.: IGM MEO

Kein Wunder auch, dass man sich ebenfalls in enger Übereinstimmung mit der Stadtspitze befand, die, obwohl noch den kaiserlichen Verhältnissen entstammend, von den politischen Veränderungen unbeeindruckt weiter amtierte. In einer Besprechung von Unternehmensvertretern und Vertretern der Arbeiterausschüsse der Oberhausener Rüstungsunternehmen mit den Spitzen der Stadtverwaltung am 10. November, an der auch

Apenborn teilnahm, war man sich "einig in dem Bestreben, die Arbeit geregelt weiterzuführen und die Ordnung streng aufrecht zu erhalten", so ein Pressebericht am Tag darauf. Und weiter: "Gewerkschaftssekretär Apenborn bat die Werksvertreter dringend, in Fragen der Arbeitszeitverkürzung und Anerkennung der Arbeitervertreter zu willfahren (nachzugeben – U. B.). Die Bewegung sei zwar politisch, aber auch gewerkschaftliche Interessen kämen bei der Neuordnung in Betracht." Nicht Umwälzung der bestehenden sozialen Verhältnisse, sondern Verständigung der Gewerkschaft mit den Arbeitgebern über bestimmte Zugeständnisse bei der Arbeitszeit und der Belegschaftsvertretung, das bestimmte den Kurs des Oberhausener DMV.

Wie bereits dargelegt, änderte sich die öffentliche Stimmung im Laufe des Dezember mit der aufkommenden Bergarbeiterbewegung. Es kam zu heftigen, zum Teil bewaffneten Zusammenstößen zwischen Streikenden auf den Zechen und militärischen Verbänden, die bis Ende April 1919 immer wieder aufflackerten. DMV und CMV in Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld nahmen eindeutig gegen die Bergleute Stellung. Auf einer von der SPD einberufenen Volksversammlung Mitte Dezember, die in eine Erklärung für eine Beschleunigung der Wahlen zur Nationalversammlung mündete, ließ es Apenborn an Deutlichkeit nicht fehlen. "Mit scharfen Worten", so der Bericht des Generalanzeigers, "wandte er sich gegen das unverantwortliche Treiben der Bergarbeiter. Diese Extratänze müssten im Interesse der anderen Volksgenossen aufhören, da sie die Früchte der Revolution zu vernichten drohen."

Tatsächlich deutet nichts darauf hin, dass die Bewegung auf den Zechen größere Resonanz unter den Stahl- und Metallarbeitern von Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld gefunden hätte. Und das, obwohl die Zechen der GHH, also ein wesentlicher Teil des Konzerns, immer wieder in die Bewegung hineingezogen wurden. Im Februar 1919 behauptet zwar eine kurze Zeitungsnotiz, der Bergarbeiterstreik hätte auf Babcock und GHH übergegriffen. Und tatsächlich verzeichnen die Akten der GHH im Zeitraum 17. bis 22. Februar 1919 eine Reihe von Arbeitseinstellungen der Mehrheit der Belegschaften in der Eisen- und Stahlerzeugung und den weiterverarbeitenden Betrieben in Alt-Oberhausen sowie einen Komplettstillstand der Produktion an drei Tagen im Sterkrader Maschinenbau. Aber die Dokumente bemerken auch, dass die Arbeitsniederlegungen „allesamt von Spartakisten erzwungen“ worden seien, in Sterkrade mit Waffengewalt. Politisch blieben die Stahl- und Metallarbeiter der GHH und die der anderen eisenerzeugenden und metallverarbeitenden Betriebe Alt-Oberhausens offensichtlich vom Geschehen auf den Zechen unbeeindruckt.



Und auch die Entwicklung der Gesamtorganisation ging am Oberhausener DMV vorbei. Der Verbandstag im Oktober 1919 brachte eine Verschiebung der innergewerkschaftlichen Verhältnisse des DMV nach links. Der bisherige, der MSPD angehörende Vorsitzende Alexander Schlicke wurde von Robert Dissmann, einem Vertreter der USPD, abgelöst, wobei die MSPD aber mit einem Ko-Vorsitzenden und weiteren Mitgliedern im Vorstand an der Gewerkschaftsführung beteiligt blieb. Zu den wichtigsten Beschlüssen des Verbandstages gehörte die Aufkündigung der im Stinnes-Legien-Abkommen vereinbarten Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgeberverbänden. Außerdem hatte der Verbandstag ungeachtet der durch die verfassunggebende Versammlung geschaffenen Fakten noch einmal intensiv über die Frage eines politischen Rätessystems debattiert.

Die Metallarbeiter-Zeitung schrieb dazu im November 1919: Die „Klassengegensätze und Klassenkämpfe durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeit und Kapital zu überbrücken, ist ein Versuch, der nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiter trägt und den erforderlichen Klassenkampf unterbinden muss. Die Arbeiterschaft, durch ihre elende wirtschaftliche Lage zu immer neuen Forderungen und Kämpfen gezwungen, kann sich nicht mit geringen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates begnügen, sondern ist gezwungen, den Kampf um die Produktionsmittel, den Kampf zur Beseitigung des Kapitalismus mit aller Schärfe fortzuführen.“ Weiter heißt es dort: „Die gewerkschaftlichen Organisationen (müssen sich) zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Rätessystems (...) zu werden.“ Dieses Rätessystem müsse „das werktätige Volk zu einer Kampforganisation zur Erkämpfung des Sozialismus vereinigen.“

Die Mitgliederversammlung des Oberhausener DMV nahm dazu und zur Frage der politischen Zukunft Deutschlands Ende November 1919 kritisch Stellung: "Den Beschluss, die Arbeitsgemeinschaft zu lösen, hält sie (die Mitgliederversammlung - U. B.) für nicht richtig. Sie betrachtet die Arbeitsgemeinschaft als eine notwendige Weiterentwicklung der Tarifpolitik des Verbandes. Das reine Rätssystem (...) hält sie aus rein demokratischen Gründen für nicht richtig. (Die) Versammlung glaubt auch, dass die deutsche Arbeiterschaft noch nicht die Kräfte besitzt, um die Bestrebungen, wie es die Mehrheit des Verbandstages wünscht, durchzuführen, und betrachtet es als eine große Gefahr für das deutsche Volk, diesen Weg zu beschreiten." ²

3.3 Der Kapp-Putsch in Oberhausen

Im März 1920, sechseinhalb Monate nach dem Beschluss der Nationalversammlung über die Verfassung des dem Kaiserreich nachfolgenden Staates, flammte die Auseinandersetzung über die politische und gesellschaftliche Zukunft Deutschlands wieder auf. Am 13. März putschten Freikorps unter nomineller Führung des preußischen Generallandschaftsdirektors Kapp und mit Unterstützung von Teilen der Reichswehr, erklärten die Reichsregierung unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Bauer für abgesetzt und versuchten, in Berlin und dem ganzen Land die Macht an sich zu reißen. Die Gewerkschaften des ADGB antworteten am 14. März mit einem Generalstreik, dem sich die christlichen Gewerkschaften am 15. März, einen Tag später auch die Angestelltenorganisation AfA-Bund sowie der Deutsche Beamtenbund anschlossen. Unter der Wucht der vereinten Aktion der Arbeiterbewegung zur Verteidigung der Demokratie brach das rechtsreaktionäre Unternehmen am 17. März zusammen. Auch in Oberhausen traf der Putsch in den Metallbetrieben auf weitgehend geschlossenen Widerstand. Interne Unterlagen der GHH verzeichnen für den 15. bis 17. März 1.200 Streikende auf der Eisenhütte Oberhausen und für den 15. und 16. März für das Walzwerk Neu-Oberhausen 3.380 sowie das Walzwerk Oberhausen 1.490 Streikende, was nahezu der kompletten gewerblichen Belegschaft entsprochen haben dürfte. Die Eisenbahnbetriebe beteiligten sich mit gut 900 Streikenden. Für die GHH Sterkrade fehlen Angaben. Es spricht aber alles dafür, dass auch dort die gewerbliche Belegschaft geschlossen am Generalstreik teilgenommen hat. Kleinere Oberhausener Betriebe waren ebenfalls dabei, so die Ornamenten- und Metallwarenfabrik Karl Fecht, der Eisenhoch- und Brückenbau Friedrich Köpper und die Phönix Herd- und Ofenindustrie. Nicht gestreikt wurde dagegen in der Oberhausener Stahl- und Eisengießerei und bei der Firma Kempchen.

² Der Vollständigkeit halber sei hier noch die Position der in den Revolutionstagen kaum in Erscheinung tretenden Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zitiert. Sie empfehlen ausweislich eines Zeitungsberichts vom Dezember 1918 „rückhaltlose Unterstützung der gegenwärtigen Regierung und unterstützt die frühere Einberufung einer Nationalversammlung.“

Die Reichsregierung und die sie tragenden Kräfte gaben sich mit dem Scheitern des Putsches zufrieden und verzichteten darauf, mit den Freikorps und ihren Unterstützern in der Reichswehr, den Drahtziehern hinter Kapp, konsequent aufzuräumen. Doch auf dem linken Flügel des politischen Spektrums des Ruhrgebiets wollte man nun nachholen, was im Winter 1918 und

	Eisenhütte Oberhausen	Walzwerk Neu- Oberhausen:	Walzwerk Oberhausen	Eisenbahn- betrieb
1) Streik für die Regierung (Kappstreik)				
a) Dauer des Streiks	15.-17. 3.	15.u.16. 3.	15.u.16. 3.	15.u.16. 3.
b) Zahl der Streikenden	1205	3380	1490	917
2) Streik gegen die Regierung (Kommunistenstreik)				
a) Dauer des Streiks	30.3.-2.4.	31.3.-1.4.	31.3.-1.4.	31.3.-1.4.
b) Zahl der Streikenden	1182	3392	1450	* 810

Streikstatistik der GHH März bis Anfang April 1920 (Abb: RWWA)

Frühjahr 1919 nicht durchgesetzt worden war:

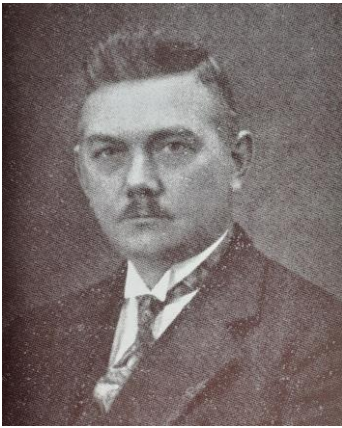
Die Entmachtung der Reaktion. Es formierte sich eine bis zu 50.000 Mann starke Rote Ruhrarmee. Sie wollte die Reichswehrtruppen und Freikorps in bewaffneter Konfrontation schlagen und zugleich die ursprünglichen sozialistischen Zielsetzungen wieder aufgreifen. In Oberhausen wie in anderen Städten des Reviers bildete sich ein

Revolutionärer Vollzugsrat, zusammengesetzt

aus Mitgliedern von USPD und KPD. Doch wieder gelang es den Kräften auf der Linken nicht, eine Mehrheit in der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Anfang April scheiterten sie trotz anfänglicher militärischer Erfolge und trotz einer neuerlichen Streikbewegung, (in den Akten der GHH als „Kommunistenstreik“ bezeichnet), an der sich vom 30.März bis zum 2. April auch die Belegschaften der GHH in ziemlich genau der Größenordnung beteiligten wie am Generalstreik Mitte März. Am 2. April marschierten Reichswehr und Freikorps in Sterkrade, Osterfeld und Oberhausen ein und nahmen blutige Rache. In Sterkrade wurden sieben Rotarmisten standrechtlich erschossen, in Osterfeld neun, obwohl sie sich ergeben hatten, und auf dem Oberhausener Altmarkt waren es fünf Zivilisten, die sich auf den Boden legen mussten und denen dann in den Kopf geschossen wurde. Die Aufzählung ist nicht vollständig.

Mitglieder des Oberhausener DMV mögen in der Roten Ruhrarmee mitgekämpft haben. Konkret nachweisbar ist das nicht. Die Organisation als solche hielt sich fern. Der CMV war ohnehin ein entschiedener Gegner jeder Entwicklung der politischen Verhältnisse nach links. Selbst den Generalstreik hatte der CMV nicht uneingeschränkt unterstützt, wie dem Verbandsorgan „Der deutsche Metallarbeiter“ Ende März zu entnehmen war. Man könne bezweifeln, ob er „der Weisheit letzter Schluss gewesen ist“, war da zu lesen. Allenfalls einen 24-stündigen Generalstreik „als Sympathiekundgebung für die alte Regierung“ hielt man für vertretbar. „Je kürzer die Demonstration, umso besser; jede verlorene Arbeitsstunde, jedes Stilllegen eines Bergwerks oder der Eisenbahn brachte ja der alten Regierung viel größere Schwierigkeiten als der Regierung Kapp.“ Die größte Sorge des CMV: Dass es „linksradikalen Elementen“ gelingen könnte „diesen Generalstreik, der als Kampf gegen die Reaktion von rechts angesehen wurde, in spartakistisches Fahrwasser zu bringen.“

Ganz anders dagegen der Vorstand des DMV. Er sah im April 1920 im Verbandsorgan Metallarbeiterzeitung die Verantwortung dafür, dass der Kapp-Putsch überhaupt möglich gewesen war, bei der Regierung. Sie habe ihre ganze Kraft gegen links konzentriert, „während sie den monarchischen Staatsstreichern jede Bewegungsfreiheit gelassen hat.“ Das Proletariat sei gegen den Putsch nicht deshalb in den Generalstreik getreten, um „die bürgerliche Republik zu verteidigen, sondern um die proletarische Revolution ein gut Stück vorwärts zu treiben.“ Allerdings sei das deutsche Proletariat „noch keine einheitliche, revolutionär gesinnte Masse“, sondern müsse erst noch durch den ideologischen Kampf zwischen bürgerlicher Demokratie und Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern auf der einen, revolutionärem Klassenkampf und proletarischer Diktatur auf der anderen Seite zu einer einigen geschlossenen Kampffront zusammengefasst werden.



Paul Weh, Sekretär des DMV in Oberhausen 1919 bis 1920 (Abb.: IGM MEO)

Für den Oberhausener DMV verfügen wir über keine Stellungnahme im unmittelbaren Anschluss an die Ereignisse des März und April 1920. Nur ein Rückblick aus dem Jahr 1929 weist darauf hin, dass die lokale Organisation sehr viel näher an der Position des CMV gewesen zu sein scheint, als an der des eigenen Vorstandes, was ja auch der Haltung zu den Bergarbeiterkämpfen des Vorjahres entsprach. Jedenfalls zog der 1919 und 1920 in der Nachfolge von Heinrich Apenborn amtierende Gewerkschaftssekretär Paul Weh 1929 im Rückblick folgende Bilanz der Revolutionszeit: "Die Funktionäre (des DMV in Oberhausen) waren nicht angekränkt von den Einflüssen der näheren und weiteren Umgebung Oberhausens. Sie folgten den Weisungen ihrer Leitung, gingen zielsicher ihres Weges, so dass die Phraseure (Schwätzer – U.B.) verschiedenster Richtung nicht den Einfluss gewinnen konnten wie anderwärts." Wobei mit den Einflüssen der näheren und weiteren Umgebung“ sowie den „Phraseuren“ die Rote Ruhrarmee und ihre politischen Anhänger gemeint gewesen sein dürften. Im Unterschied zur seit Oktober 1919 USPD-geführten Gesamtorganisation blieb der Funktionärskörper des Oberhausener DMV den Positionen der MSPD verbunden. Ob das gleichermaßen auch für seine Mitglieder in den Betrieben gegolten hat? Der „Kommunistenstreik“ von Ende März/Anfang April 1920 lässt Raum für Zweifel. Da aber über seine Hintergründe und näheren Umstände bisher nichts bekannt ist, muss die Frage bis auf weiteres offen bleiben.

3.4 Betriebliche Konflikte um Arbeitszeit und Lohn

In den konfliktreichen Jahren 1918 bis 1920 ging es in den Betrieben der Oberhausener Stahl- und Metallindustrie immer auch um gewerkschaftliche Tagesarbeit in Lohn- und Arbeitszeitfragen. Handelnde Organe waren die Arbeiterausschüsse, die nach dem Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 auf der GHH und wahrscheinlich auch in den anderen größeren Betrieben in Osterfeld, Sterkrade und Alt-Oberhausen gewählt worden waren. Zwei Themen standen mit der Revolution nun im Vordergrund: Die Umsetzung des Achtstundentages und die Durchsetzung von Lohnerhöhungen.

Im Abkommen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vom 15. November 1918 hieß es unmissverständlich: „Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstschränkungen aus Anlass dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.“ Die Vereinbarung sollte am Tage der Unterzeichnung in Kraft treten.

Bereits vor dem Abkommen war in den Betrieben vielfach der Ruf nach Verwirklichung dieser alten Forderung der Arbeiterbewegung laut geworden. So auf der GHH, wo in einer Sitzung des Arbeiterausschusses im Walzwerk Oberhausen mit Arbeitgebervertretern am 14. November darüber debattiert worden war. Letztere appellierten an die Belegschaftsvertreter, keine „Sonderforderungen“ zu stellen, sondern sich an die Anweisungen der Gewerkschaften zu halten, auf deren mäßigenden Einfluss die Arbeitgeberseite offensichtlich hoffte. Nur einen Tag später waren dann Fakten geschaffen, die man arbeitgeberseitig, sei es aus politischen und ökonomischen, sei es aus arbeitsorganisatorischen Gründen, wohl gerne hinausgeschoben hätte. Jetzt erklärte sich die Unternehmensleitung, zum Beispiel in einer Sitzung mit dem Sterkrader Arbeiterausschuss am 23. November, zur Einführung des Achtstundentages spätestens am 1. Januar 1919 bereit und begründete die Verzögerung mit Arbeitskräftemangel. Die Arbeitervertreter nahmen dieses Argument zustimmend zur Kenntnis. Ausschuss-Mitglied Böhner (welcher Gewerkschaft er angehörte, ist unbekannt) fügte jedoch hinzu: „Es wird (...) schwer halten, diese(s) auch der Belegschaft klarzumachen. Die Arbeiterschaft ist bereit, bis zum 1. 12. des Jahres zu warten, viel länger jedoch nicht.“ Die Arbeitervertreter standen also offensichtlich unter erheblichem Druck der Sterkrader Belegschaft, die die Forderung nach umgehender Einführung der achtstündigen Schicht auf einer Belegschaftsversammlung am 20. November bekräftigt hatte. Ihre Haltung war auch repräsentativ für die Belegschaften der anderen GHH-Betriebe. Am Ende erwies sich die Position der Unternehmensleitung als nicht haltbar. Die Achtstundenschicht wurde nicht zum 1. Januar 1919, sondern bereits zum 9. Dezember 1918 auf allen Werken der GHH bei vollem Lohnausgleich eingeführt. Eine Ausnahme bildete der Sonntag, an dem bei einem 50-prozentigen Zuschlag auf den Stundenlohn zwei Zwölfstundenschichten verfahren wurden. Zuschläge bei Überstunden in der Woche betragen 25 Prozent, sollten aber erst ab der dritten

Überstunde gezahlt werden. Wie in kontinuierlich doppelschichtigen oder dreischichtigen Betrieben mit den Pausen verfahren wurde, ist nicht ganz klar. In der Eisenhütte Oberhausen und auch im Walzwerk Oberhausen kam im Juli 1919 die Forderung nach einer viertelstündigen bezahlten Pause innerhalb der achtstündigen Schicht auf und wurde von Belegschaftsversammlungen auch so beschlossen. Aus der anschließenden Debatte der Arbeiterausschüsse mit den Betriebsleitungen kann man schlussfolgern, dass bis dahin bei einfacher Schicht die Pause nicht bezahlt wurde, sondern den Arbeitstag um 15 unbezahlte Minuten verlängerte. In kontinuierlich dreischichtigen Abteilungen scheint ohne Pause durchgearbeitet worden zu sein. Eine Änderung im Sinne der Arbeiterforderung lehnten die Betriebsleitungen ab.

Der Lohnausgleich bei Einführung des Achtsturentages wurde dadurch erzielt, dass die Achtstundenschicht pauschal wie die bisherige Zehnstundenschicht (bzw. Zwölfstundenschicht einschließlich Pausen bei reiner zehnstündiger Arbeitszeit) vergütet wurde. Bei Leistungslöhnern wurde der Akkord um 20 Prozent angehoben.

Unter dem Druck der Belegschaften wurden Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich also schneller als vom Unternehmen geplant und im Wesentlichen entsprechend der Vorgaben des Stinnes-Legien-Abkommens umgesetzt. Die allgemeine politische Entwicklung hatte den Konzern in die Defensive gebracht, wenn auch nicht alle Fragen – etwa die Pausen - im Interesse der Arbeiterschaft geregelt werden konnten.

In der Defensive befand sich die GHH in der ersten Phase nach dem revolutionären Umschwung auch in Lohnfragen, die durch eine wachsende Teuerung an Bedeutung zunahmen. Mitte 1919 konnte der Oberhausener DMV zufrieden feststellen, dass Lohnbewegungen zum Ausgleich der Preissteigerungen „alle ohne Kampf erfolgreich beendet“ worden waren, was den Tatsachen allerdings nicht ganz entsprach. So kam es vereinzelt durchaus zu Arbeitsniederlegungen, etwa im Dezember 1918 und Februar 1919 an der Drahtstraße von Walzwerk Neu-Oberhausen. Überhaupt stand der DMV offensichtlich unter treibendem Einfluss der durch die revolutionären Ereignisse selbstbewusster gewordenen Belegschaften und war mitunter weniger die souverän steuernde Instanz des Geschehens. Begonnen hatten die Lohnbewegungen bereits im November 1918. Sie fanden Betrieb für Betrieb statt und die Hauptakteure waren nicht die Gewerkschaften, sondern die Arbeiterausschüsse, in denen die Gewerkschaften aber sowohl durch ihre Ausschuss-Mitglieder, als auch durch ihre Sekretäre vertreten waren. Letztere verhandelten in der Regel mit. Die Ergebnisse nehmen sich heute erheblich aus. So verzeichnete der DMV beispielsweise für den Sterkrader Maschinenbau eine Erhöhung von Stundenlöhnen und Akkordsätzen um durchschnittlich 10 bis 15 Prozent, für Babcock sogar 15 bis 25 Prozent. In den Oberhausener GHH-Betrieben wurden Lohnaufschläge von 30 Pfennig die Stunde erzielt, allerdings nur für die erwachsenen Männer. Auch in anderen Unternehmen wurden Lohnerhöhungen durchgesetzt. Der

DMV berichtete von einer Spanne zwischen 10 Pfennig pro Stunde bei Vieux Montagne (später Altenberg) und zwei Mark pro Tag bei Krieg & Tiegler.

Die Frauen kamen dabei aber durchweg schlechter weg als die männlichen Beschäftigten.

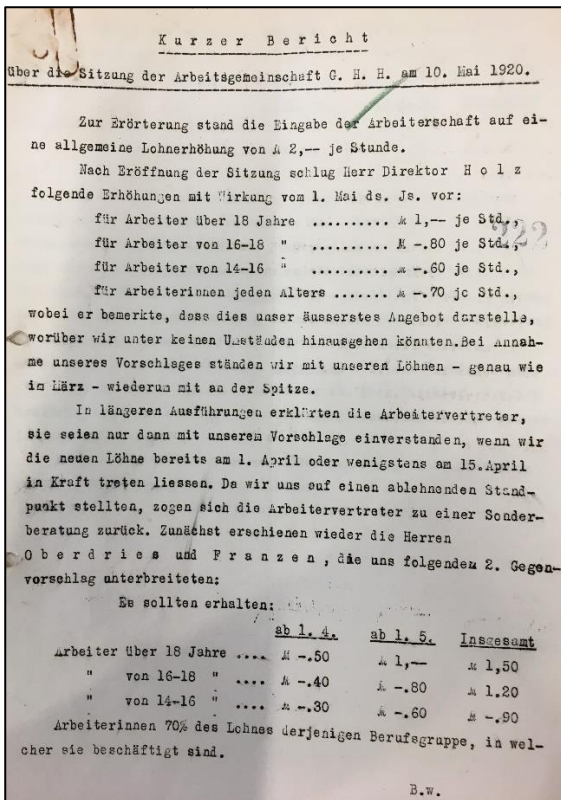
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit war keine Forderung, die die Gewerkschaften ganz oben auf ihrer Liste stehen hatten. Allenfalls wurde formuliert, "die weiblichen Arbeiter mit zu berücksichtigen", wie im Januar im Walzwerk Oberhausen. Aber mit Nachdruck wurde dieses schon sehr zurückhaltend als Bitte vorgetragene Ansinnen nicht verfolgt. Für die Arbeitgeberseite war das sowieso kein Thema. Direktor Schmidt, so heißt es in einem Protokoll des Arbeiterausschusses der Eisenhütte Oberhausen vom 24. Januar 1919, "lehnt dieses ab mit der Begründung, dass die weiblichen Arbeiter nur noch beschäftigt werden, weil wir sie nicht direkt entlassen wollen, dass es ihnen (den Arbeitgebern – U.B.) aber lieber sei, wenn sie von selbst gehen würden." Besonders energisch scheinen sich die Gewerkschaften für die Frauen also nicht eingesetzt zu haben.

Vermutlich hielten sie wie das Unternehmen die Wiedereingliederung der von den Fronten zurückkehrenden Männer für wichtiger als die Weiterbeschäftigung der Frauen.

Ebenfalls mit wenig Engagement wurde seitens der Gewerkschaften verlangt, nur Gewerkschaftsmitglieder am Tarifvertrag bzw. an den tariflichen Lohnerhöhungen zu beteiligen.

Eine Sterkrader Belegschaftsversammlung hatte das Mitte 1919 beschlossen. Die Gewerkschaftsvertreter erläuterten in einer Ausschusssitzung, dass dadurch zwar kein Zwang auf die Unorganisierten ausgeübt werden solle, "andererseits die organisierten Arbeiter nicht wünschen, dass die den Gewerkschaften gleichgültig oder feindlich gegenüberstehenden Arbeiter an den Errungenschaften der Organisation teilnehmen, ohne auch die Lasten mitzutragen." Die GHH war im Namen der Gleichbehandlung entschieden dagegen, ebenso wie gegen die wenig später erhobene, noch weitergehende Forderung, in Sterkrade keine unorganisierten Arbeiter mehr einzustellen. "Das müssen wir unter allen Umständen ablehnen", lautete die lapidare Antwort eines Vertreters des Unternehmens.

Forderungen nach Abschaffung des Akkords scheinen keine große Rolle gespielt zu haben, wenn es auch an einer Stelle heißt, dass "die Arbeiterschaft nicht sehr für das Gedinge" sei. Ebenfalls ohne Konsequenzen blieben Positionen für Umwandlung von außertariflichen Prämien und Extrazulagen in Stundenlohn, wie sie beispielsweise Anfang 1919 im Arbeiterausschuss der GHH-Eisenbahnverwaltung vorgetragen wurden. Folgenlos scheint auch eine Forderung aus dem Sterkrader Arbeiterausschuss geblieben zu sein, Streitigkeiten über die Eingruppierung in den Tarif in einer gemeinsamen Kommission von Ausschuss und Arbeitgeber zu klären. Bei Streitfällen entschied letzten Endes die Werksleitung allein, daran ließ das Management nicht rütteln.



Bericht über Lohnverhandlungen auf der GHH (Abb.: RWWA)

Ob die Lohnerhöhungen ausreichen, die Preissteigerungen zu kompensieren, muss bezweifelt werden. Anscheinend nahm in der zweiten Jahreshälfte 1919 der Abstand zwischen den vereinbarten Löhnen und den steigenden Preisen deutlich zu. Jedenfalls flammte die Diskussion über notwendige Anpassungen der Verdienste immer wieder neu auf. Dabei ging es unter anderem um die Geltungsdauer der Tarifverträge. Ende November 1919 lehnten die drei Gewerkschaften eine Laufzeit des Tarifs bis Ende März des folgenden Jahres ab und verwiesen darauf, dass eine Sterkrader Belegschaftsversammlung sogar verlangt habe, den Tarif nur noch von einem Lohntag zum nächsten abzuschließen. Eine tarifliche Bindung bis zum 31. März hätte keinen Zweck, wenn die Preise weiter so stiegen wie bisher und am Ende müsse die GHH einer unruhigen Belegschaft gegenüber doch

nachgeben. So Paul Weh vom DMV bei Lohnverhandlungen in der Abteilung Sterkrade. Ob der Forderung in der einen oder anderen Form bereits 1919 entsprochen wurde, geht aus den Quellen nicht hervor.

Mitunter gerieten die Arbeiterausschüsse in der Lohnfrage zwischen die Fronten.

Beispielsweise wurde ihnen aus den Belegschaften heraus mangelnde Konsequenz vorgeworfen, etwa auf der Eisenhütte Oberhausen, wo auf einer Belegschaftsversammlung eine aus acht Kollegen bestehende Kommission gewählt wurde, die neben dem Arbeiterausschuss an den Lohnverhandlungen teilnehmen wollte, worüber die Geschäftsleitung nicht begeistert war. Ein Ausschussmitglied konstatierte ein "gewisses Misstrauen gegen den seinerzeit gewählten alten Ausschuss", zumal unter "den aus dem Felde Zurückgekehrten", die den Ausschuss ja nicht mitgewählt hatten. Das Misstrauen scheint so groß gewesen zu sein, dass der Ausschuss selbst nicht umhinkam, für Zulassung der Kommission zu den Verhandlungen zu plädieren, "damit sich diese von dem Gang der Verhandlungen überzeugen" könne. Wie die Frage schließlich geregelt wurde, ist nicht überliefert.

In Sterkrade zögerten die Mitglieder des Arbeiterausschusses im August 1919, ein Angebot der GHH auf Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne (für Wächter, Pförtner, Werkstattschreiber, Boten und Lichtpausarbeiter) anzunehmen und erklärten, erst eine Belegschaftsversammlung befragen zu wollen, weil sie "sich nicht für berechtigt (hielten), aus eigener Machtbefugnis dem Vorschlag der Direktion zuzustimmen." Die Belegschaftsversammlung beharrte denn auch auf ihrer

ursprünglichen Forderung, was das Management schließlich zu einem höheren Angebot zwang, das schließlich angenommen wurde.

Manchen Ausschuss-Mitgliedern und Gewerkschaftssekretären wäre es offensichtlich lieber gewesen, ohne den Druck seitens der Belegschaften verhandeln zu können. Sie versuchten mitunter, bremsend auf die Belegschaft einzuwirken. So meinte das DMV-Mitglied Oberdries vom Arbeiterausschuss im Walzwerk Neu-Oberhausen: "Wenn (...) ein Teil der Arbeiterschaft an irgendeiner Ecke derartige Lohnforderungen durchdrückt, so ist es ein Ding der Unmöglichkeit, in einem anderen Orte hintanzuhalten. Die Verhältnisse in Mülheim-Ruhr wirkten derartig auf unsere Arbeiter ein, dass wir alle Mühe hatten, sie ruhig zu halten."



Stempel des Oberhausener DMV, 20er Jahre (Abb.: RWWA)

Das GHH-Management versuchte seinerseits, die Arbeiterausschüsse für die Zwecke des Unternehmens einzuspannen. "Da haben Sie eine ganz falsche Auffassung", entgegnete beispielsweise Direktor Schmidt von der Eisenhütte Oberhausen auf das Mitglied des Arbeiterausschusses Adolf, nachdem letzterer erklärt hatte: "Wir (...) sind hier, um die Anträge der Arbeiter zu vertreten." Das Unternehmen sah die wichtigste Aufgabe der Ausschüsse hingegen

darin, "für allgemeine Aufklärung zu sorgen, damit wir nicht zu russischen Zuständen kommen", wie Direktor Holz in einer Sitzung des Ausschusses der GHH-Eisenbahnverwaltung meinte. Direktor Flaccus vom Walzwerk Neu-Oberhausen wollte sie ganz konkret im betrieblichen Alltag für sich einspannen und betrachtete sie als "Bindeglied zwischen Arbeiterschaft und Betriebsleitung": "Sie können das besser als wir. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie sich in diesem Sinne betätigen und vor allen Dingen Ihren Kameraden begreiflich machen wollten, dass es falsch ist, wenn sie in ihren Vorgesetzten ihre Gegner erblicken. Es wäre ferner wünschenswert, wenn Sie ihre Kameraden aufklären wollten über die Strömungen der heutigen Zeit, die dahin zielen, die Arbeiter in neue Lohnforderungen hineinzutreiben, von denen Sie ebenso wissen wie wir, dass sie unerfüllbar sind. Heute kommt es in erster Linie darauf an, dass wir arbeiten und zusammenarbeiten. Denken Sie stets daran, dass wir letzten Endes alle an demselben Strick ziehen und dass wir uns, wenn auch die Art, wie wir ziehen, eine verschiedene ist, immer wieder auf demselben Weg zusammenfinden müssen."

Das GHH-Management verzichtete natürlich nicht darauf, eins ums andere Mal den Ruin des Unternehmens als mehr oder weniger unmittelbar bevorstehende Folge von Lohnerhöhungen zu beschwören. So Direktor Schmidt, der Anfang 1919 ein bei Arbeitgebern auch heute noch beliebtes Bild bemühte: "Die Werke werden durch überspannte Lohnforderungen ruiniert und die Arbeiter schlachten somit die Kuh, die ihnen die Milch gibt. (...) Die Folge ist, dass wir nicht mehr

konkurrenzfähig sind. (...) Sollten die fortgesetzten Lohnsteigerungen noch weiter anhalten, so können wir überhaupt keine Aufträge mehr hereinnehmen und müssten in einigen Monaten die Betriebe einschränken oder ganz stilllegen. Es liegt doch wohl nicht im Interesse der Arbeiter, dies durch übermäßige Lohnforderungen herbeizuführen." Im Walzwerk Neu-Oberhausen meinte Direktor Lueg, es gehöre "wirklich nicht viel Kenntnis und Einsicht dazu, um zu dem Urteil zu gelangen, der Weg, den wir beschritten haben, wird über kurz oder lang in den Abgrund führen." Etwas origineller war dann Direktor Wedemeyer in Sterkrade, der meinte, "die unverheirateten jungen Leute (hätten) anscheinend noch Geld zuviel (...), da sie in den Tanzlokalen noch teuren Wein trinken können." Was die Herren auf der anderen Seite des Verhandlungstisches zu erwähnen vergaßen, waren die jeweils 20 Prozent Dividende, die der GHH-Konzern in den Jahren 1916 bis 1918 an die Eigentümer ausgeschüttet hatte. Und zu einigen bedeutenden Übernahmen, zum Beispiel dem Erwerb der Aktienmehrheit an der MAN, reichte es Anfang der zwanziger Jahre dann auch noch.

3.5 Die Entwicklung der Organisationen bis 1920

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches und die nun unbeschränkte Möglichkeit, sich in Gewerkschaften zu organisieren, brachte der Gewerkschaftsbewegung insgesamt und auch den Metallarbeitergewerkschaften in Oberhausen starke Zuwächse bei den Mitgliedern. So meldete der CMV für den Verwaltungsbezirk Mülheim-Oberhausen (der auch Sterkrade einschloss, allerdings mit einer eigenen Ortsverwaltung) im Mai 1919 ein Plus von 1.000 Mitgliedern auf jetzt insgesamt 8.155 Mitglieder innerhalb eines Jahres.



Buchkontrolle 1922 (Abb.: RWWA)

Der DMV teilte die in Kriegszeiten sinnvolle gemeinsame Verwaltungsstelle Mülheim-Oberhausen-Sterkrade zum 1. Mai in die Verwaltungsstellen Mülheim einerseits und Oberhausen-Sterkrade-Dinslaken andererseits auf. Auch hier war ein deutlicher Zustrom neuer Mitglieder zu verzeichnen. Allein für die Monate Mai, Juni und Juli bezifferte sie der Gewerkschaftssekretär Weh auf 372, was auf ein Jahr hochgerechnet ein Plus

mindestens in der Größenordnung ergibt, wie es der CMV verzeichnen konnte. (Für den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein liegen keine entsprechenden Zahlen vor.) Alle drei Gewerkschaften warben in den Betrieben nicht nur für die Mitgliedschaft, sondern versuchten, auf Trittbrettfahrer, die an den Erfolgen der Gewerkschaften gerne teilhatten, ohne zu ihnen beizutragen, durchaus massiv einzuwirken. Das Stichwort hieß "Buchkontrolle" und bedeutete, dass die

Gewerkschaftsfunktionäre an einem bestimmten Tag von allen gewerblichen Beschäftigten der GHH die Vorlage des Mitgliedsbuchs verlangten. Die drei Gewerkschaften gingen - bei aller sonstigen Rivalität - dabei gemeinsam vor. Eine Ankündigung aus dem Jahr 1920 lautete beispielsweise so: "Alle organisierten Arbeiter, gleich welcher Organisation sie angehören, haben an dem genannten Tage die Mitgliedsbücher oder Ausweise bei sich zu führen. Jeder standesbewusste und pflichtbewusste Arbeiter und Gewerkschaftler wird der unbedingt notwendigen Anordnung Folge leisten. An alle Nichtorganisierten richten wir die Aufforderung, sich zum genannten Tage freiwillig einer Gewerkschaft anschließen zu wollen. Unorganisierte haben einen rechtlichen Anspruch auf die zwischen der Gutenhoffnungshütte und den Gewerkschaften abgeschlossenen Lohnvereinbarungen, Urlaubsabkommen usw. nicht. Darum sichert Euch den rechtlichen Anspruch der Verbesserungen (...) durch sofortigen Beitritt zur Gewerkschaft." Die GHH schritt energisch gegen die Buchkontrollen ein, die sie auf ihrem Gelände wohl auch weitgehend verhindern konnte. Außerdem war ihr daran gelegen, das gewerkschaftliche Argument, nur Organisierte hätten Rechtsansprüche aus dem Tarifvertrag, zu widerlegen. Nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die von allen Belegschaftsangehörigen gewählten Arbeiterausschüsse seien Vertragspartner, hieß in einer Verlautbarung des Unternehmens. Im Übrigen verurteilte man die aus ihrer Sicht von den Gewerkschaften verletzte Koalitionsfreiheit und beklagte sich in Sterkrade, dass die Verbände durch ihr Vorgehen "die Belegschaft derart in Schrecken versetzt (hätten), dass heute sozusagen kein unorganisierter Arbeiter in unseren Sterkrader Betrieben mehr vorhanden ist", was sicherlich übertrieben war.

Entwicklung der Gesamtorganisationen

DMV 1912 ca. 562.000 Mitglieder. 1922 ca. 1,6 Mio. Mitglieder.

CMV 1913: 41.000 Mitglieder. 1921: 232.000 Mitglieder.

Richtig dürfte aber sein, dass das Gewicht der Gewerkschaften unter den seit November 1918 veränderten allgemeinen politischen Bedingungen auch in den Betrieben deutlich zunahm. Ein Beispiel ist für Sterkrade überliefert, wo eine gemeinsame

Liste der drei Metallarbeiterorganisationen bei Wahlen zum Arbeiterausschuss im April 1919 von 1.834 abgegebenen Stimmen 1.719 und damit alle zehn Mandate gewann und die nicht näher bezeichneten "Gelben" (vermutlich ein nationalistischer "Deutscher Arbeiterbund") nur auf 101 Stimmen kamen und nicht in den Ausschuss einzogen.